

312 F 306/09

**Beglaubigte Abschrift**

Erlassen am: 29.10.2009



**Amtsgericht Köln  
Familiengericht  
Beschluss**

In der Familiensache

betreffend das minderjährige Kind Valentin Braginsky, geboren am 05.04.1994,  
Horremer Str. 8, 50933 Köln,

an der beteiligt sind:

1. Jugendamt Köln, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln,

Antragstellerin,

2. Herr Vladimir Braginsky, Horremer Str. 8, 50933 Köln,

Antragsgegner,

hat das Amtsgericht Köln  
am 29.10.2009  
durch den Richter am Amtsgericht Dr. Porr

**b e s c h l o s s e n :**

Dem Kindesvater wird untersagt, das betroffene Kind Valentin Braginsky außerhalb der  
Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu bringen.

Die Grenzbehörden der Bundesrepublik Deutschland werden ersucht, jede Ausreise des Kindes zu verhindern.

Dem Kindesvater wird für einen Zeitraum von 6 Wochen verboten, sich dem betroffenen Kind Valentin Braginsky näher als 100 Meter zu nähern und mit dem betroffenen Kind – auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln – Verbindung aufzunehmen.

Es wird angeordnet, dass der Amtsvormund das Handy des betroffenen Kindes in Verwahrung nimmt.

Die Vollstreckung der einstweiligen Anordnung ist vor der Zustellung an die Verpflichteten zulässig.

Gerichtskosten werden nicht erhoben, außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

### **Gründe**

Das Amtsgericht Köln hat dem Kindesvater durch Beschluss vom 17.08.2009, Az. 312 F 211/09, im Wege der einstweiligen Anordnung das Sorgerecht für Valentin entzogen und das Jugendamt der Stadt Köln zum Vormund bestellt.

Das Gericht hat im Rahmen des Hauptsacheverfahrens die psychiatrische Begutachtung des Kindesvaters angeordnet. Das schriftliche Sachverständigengutachten liegt bislang nicht vor.

Valentin hat seinen Aufenthalt seit dem 06.10.2009 in der Jugendhilfeeinrichtung Hollenberg in Lohmar. Valentin hat die Einrichtung am 13.10.2009 eigenmächtig verlassen und ist in den Haushalt des Kindesvaters zurückgekehrt. Das Amtsgericht Köln hat durch Beschluss vom 21.10.2009, Az. 312 F 302/09, die Herausgabe angeordnet, die am 23.10.2009 erfolgt ist.

Der Kindesvater und Valentin haben wiederholt angekündigt, das Bundesgebiet am 02.11.2009 zu verlassen und nach Russland überzusiedeln.

Die Anordnungen beruhen auf § 1666 Abs. 1 BGB. Demnach hat das Gericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung einer Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes erforderlich sind, sofern die Eltern nicht gewillt oder

nicht in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden.

Der Kindesvater, der nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen an einer psychischen Störung leidet, ist nicht in der Lage, die Erziehung und Betreuung des Kindes Valentin in der erforderlichen Weise zu gewährleisten. Die Ausreise- und Kontaktverbote sind erforderlich, um zu verhindern, dass Valentin mit dem Kindesvater das Bundesgebiet verlässt und dadurch zukünftig in der Obhut eines nicht erziehungsgeeigneten Elternteils verbleibt.

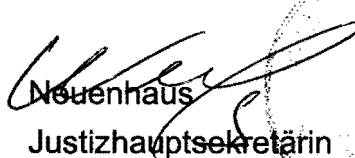
Die Anordnung der sofortigen Vollstreckbarkeit folgt aus § 53 Abs. 2 FamFG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Beschluss ist ein Rechtsbehelf nicht gegeben. Auf Antrag ist eine mündliche Verhandlung durchzuführen und aufgrund dieser erneut zu entscheiden. Außerdem hat jeder Beteiligte das Recht, die Einleitung eines Hauptsacheverfahrens zu beantragen.

Dr. Porr

Beglaubigt

  
Neuenhaus  
Justizhauptsekretärin

